

Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung und Studienreform

Antrag Q3_17/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Münster

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4 5 **Q3_17/1 Wider die Ökonomisierung -** 6 **Universelle Bildung für alle statt** 7 **Zersplitterung der Hochschullandschaft!**

8 Bildung ist eines der wichtigsten Güter der modernen Gesellschaft, denn Bildung bestimmt wie
9 kaum etwas anderes die individuellen Lebenschancen. Die Zahl der Studierenden in der
10 Bundesrepublik ist nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes seit einigen Jahren stetig
11 gestiegen. So studieren heute an den Hochschulen in Deutschland circa 300.000 mehr Menschen
12 als noch im Jahr 2013. Diese Entwicklung empfinden wir als überaus positiv, da mehr Menschen
13 der Zugang zu Bildung, in diesem Fall Hochschulbildung, ermöglicht wird und nicht nur einem
14 noch kleineren, privilegierten Teil der Bevölkerung. Dabei ist die Hochschulbildung nicht der
15 einzige Bildungsweg nach der Schule. Jede*r soll die Chance haben, ganz individuelle
16 Bildungswege einzuschlagen. Dafür braucht es ein umfassendes Beratungsangebot für
17 Schüler*innen und junge Menschen. Die berufliche Bildung ist dabei ganz gleichwertig
18 anzusiedeln wie eine hochschulische Bildung und darf nicht unterbewertet werden. Doch am
19 Anfang des Studiums stehen viele vor der Herausforderung den vermeintlich „richtigen“
20 Studiengang zu finden. Doch nicht nur der Studiengang scheint entscheidend, sondern auch die
21 Hochschule an der dieser angeboten wird. In Zeiten des Neoliberalismus und der Ökonomisierung
22 der Hochschulen drängen sich Studienanfänger*innen vermehrt die Fragen auf: Welche
23 Hochschule hat das beste Ranking? Wo komme ich am schnellsten und mit wenig Aufwand durch
24 mein Studium, sodass ich möglichst früh in meinen Beruf einsteigen kann? Welcher Studiengang
25 ist auf dem Arbeitsmarkt am angesehensten?

26 Gerade die Frage nach dem Studiengang stellt sich manchmal als äußerst schwierig dar. Die Zahl
27 der unterschiedlichen Studiengänge in Deutschland betrug im Wintersemester 2015/2016 18.044,
28 die an 426 Hochschulen, von denen 119 private Hochschulen sind, studiert werden können, und
29 von denen 8.298 mit einem Bachelorabschluss und 8.099 mit einem Masterabschluss enden. Für
30 viele Schüler*innen, die gerade ihr Abitur gemacht haben und die direkt nach der Schule ein
31 Studium anfangen wollen, stellt diese Vielzahl oft eine große Herausforderung bei der Suche
32 nach dem „richtigen“ Studiengang dar. Wer zum Beispiel ein Studium in die Richtung von BWL
33 anfangen möchte, hat die Auswahl zwischen 289 Studiengängen an 162 Hochschulen. Die
34 einzelnen Studiengänge haben alle unterschiedliche Schwerpunkte und Fachrichtungen, wobei es
35 Studienanfänger*innen, die natürlicherweise noch keine großen Vorkenntnisse haben,
36 schwerfällt, sich einen Studiengang, der auf ihre Interessen ausgerichtet ist, auszusuchen. Statt
37 nach inhaltlichen Kriterien wird stattdessen oftmals nach Rankings, Regelstudienzeit oder dem
38 Standort der Hochschule entschieden. Dabei ist die Wahl des Standorts auch abhängig von
39 persönlichen Gegebenheiten, beispielsweise räumliche Nähe zur KiTa von Studierenden mit
40 Kindern.

41 Im Zuge der Ökonomisierung im Bildungsbereich wird Bildung oft als Ware verstanden, die wie im
42 Wettbewerb verglichen werden kann und die sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Dabei
43 schlägt die Effizienz stets die Effektivität. Nicht die Art und Weise der Bildung scheint wichtig,
44 sondern in welcher Zeit sie erreicht oder vermittelt werden kann. Dieses Phänomen lässt sich am
45 besten an privaten Hochschulen erkennen. Bildung wird von einem öffentlichen Gut zu einem
46 privaten, das nur denen zugänglich ist, die dafür bezahlen können. Dieses Prinzip der
47 Differenzierung zwischen staatlichen und öffentlichen Hochschulen ist unsolidarisch und führt zur
48 Privilegierung eines kleinen Kreises. Die privaten Hochschulen finanzieren sich durch
49 Subventionen der Industrie sowie hohen Studiengebühren, die sie von ihren Studierenden
50 verlangen. Der Einfluss privater Investor*innen und Unternehmen an privaten Hochschulen kann
51 immens sein. Er kann so weit gehen, dass sich Unternehmen ganze Lehrstühle „kaufen“ können
52 und damit massiv Berufungen, Forschung und Lehre beeinflussen können. Das ist falsch. Diese
53 Hochschulen sind auf Grund dessen oftmals finanziell besser ausgestattet als staatliche
54 Hochschulen. Dies wird nicht nur im Betreuungsverhältnis, sondern auch bei der vorhandenen
55 Technik oder der Raumausstattung deutlich. Des Weiteren richten sich private Hochschulen oft
56 an eine andere Zielgruppe, als es die öffentlichen Hochschulen tun. Denn sie bieten vermehrt
57 berufsorientierte Studiengänge an, die auch als flexibleres Fern- und Teilzeitstudium
58 abzuschließen sind. Vielfach werben private Hochschulen mit guten Verbindungen in die
59 Wirtschaft, zusätzlich zum Studium soll „Vitamin B“ dabei helfen, einen guten Start in den Beruf
60 zu ermöglichen. Das lehnen wir ab!

61 Hier kumulieren sich Probleme, die es natürlich aber auch an anderen Hochschulen gibt: Bildung
62 wird als ein Konkurrenzkampf angesehen, in dem es dem Leistungsprinzip entsprechend nur um
63 Noten geht und in welcher Zeit welche Abschlüsse erreicht werden können. Diese
64 Konkurrenzsituation ermöglicht es einigen Wenigen nach dem Studium einen gut bezahlten Beruf
65 zu erlangen, lässt aber eine breite Mehrheit in psychischem und physischem Druck und Stress
66 versinken. Viele Probleme entstehen durch eine bei weitem nicht ausreichende Finanzierung der
67 Hochschulen – fast alle Hochschulen sind unterfinanziert. Deswegen kooperieren viele
68 Hochschulen mit der Wirtschaft und lassen Forschungsprojekte und die Ausbildung von
69 Akademiker*innen teilweise durch Drittmittel finanzieren. Auch gibt es viele Stiftungslehrstühle,
70 die von privaten Unternehmen, Stiftungen oder Einzelpersonen zu großen Teilen mitfinanziert
71 werden. Dabei haben diese Stifter*innen massiven Einfluss auf den Forschungs- und
72 Lehrschwerpunkt der Professur und zuletzt auch Mitspracherechte im Berufungsverfahren.

73 Zwar stellt eine Vielzahl an Studiengängen natürlich erst einmal eine Bereicherung der
74 Hochschullandschaft dar und bietet angehenden Studierenden eine größere Auswahl und die
75 Chance genau das Studium zu finden, das ihren Interessen am ehesten entspricht. Doch genau
76 darin liegt auch die Problematik. Die Entscheidung für einen bestimmten Studiengang an einer
77 bestimmten Hochschule bringt für die Studierenden nachhaltige Folgen mit sich: Die
78 Einschreibung an der Hochschule, die Suche nach bezahlbarem Wohnraum, der Umzug und das
79 Eingewöhnen in ein neues soziales Umfeld. Das kostet Zeit, aber vor allem auch Nerven, da
80 besonders die Wohnungssuche je nach Stadt eine schwierige Angelegenheit ist. Hat die*der
81 Studierende sich erst einmal für eine Stadt und einen Studiengang entschieden, kann das
82 Studium beginnen. Doch statt einer breiten Auswahl an Themenschwerpunkten, Modulen und
83 Seminaren bekommen die meisten Studierenden einen starren Studienverlauf vorge setzt, sodass
84 sich manche schon die Stundenpläne für ihre ersten drei Jahre, natürlich in Regelstudienzeit
85 gedacht, ausdrucken können. Im ersten Semester verursacht ein verschultes Studium zwar
86 eventuell weniger Stress, da die Studierenden stärker an die Hand genommen werden, jedoch
87 müssen dann auch viele Vorlesungen besucht werden, die nicht einmal ansatzweise den
88 Interessen der*des Studierenden entsprechen. Die Abbruchquote von Studiengängen liegt im
89 Schnitt bei etwa 30 Prozent. Gerade in den ersten Semestern ist diese Quote aufgrund von
90 falschen Vorstellungen vom speziellen Studiengang, oder zu anspruchsvollen Prüfungen,

91 besonders hoch. Solch ein Studienabbruch führt für die Studierenden häufig zu Schwierigkeiten
92 und Problemen. Parallel zu der Suche nach einem neuen Studium, einer Ausbildung o. ä., sind
93 die Studierenden dann häufig auch mit einer ungewissen Wohn- und Finanzierungssituation
94 konfrontiert. Junge Menschen müssen im Vorfeld ihrer Entscheidung für ein Studium möglichst
95 breit zu ihren Möglichkeiten und den unterschiedlichen Studiengängen informiert werden. Dazu
96 braucht es einen Ausbau der Beratungsangebote an den Schulen und Hochschulen. Doch auch bei
97 einer guten Beratungssituation wird es nach wie vor vorkommen, dass Menschen im Laufe ihres
98 Studiums andere Interessen ausbilden oder schlicht etwas Anderes studieren wollen. Wir wollen
99 ein Klima erzeugen, in dem die Menschen die Chance haben, sich auszuprobieren und ein
100 Studienabbruch nicht als Scheitern verstanden wird. Dazu müssen auch Studienabbrecher*innen
101 in ihrer oftmals von persönlichen Sorgen und Zukunftsängsten geprägten Situation ausreichend
102 beraten und gestärkt werden. Studienabbrüche dürfen für die*den einzelne*n Studierenden
103 keineswegs Hindernisse auf dem weiteren Bildungsweg sein. Dazu müssen etwa erbrachte
104 Leistungen auch fächerübergreifend leichter anerkannt werden und so darf auch die staatliche
105 Studienfinanzierung nicht durch einen Studienwechsel gehindert werden.

106 Doch nicht nur Studiengänge mit speziellen Fachrichtungen, sondern auch einige „neue“
107 Studiengänge, die sehr speziell sind, bergen oft Probleme. Unter diesen findet sich auch z.B. der
108 Bachelor in Coffee-Management. Doch warum genau sollte dieser problematisch sein? Denn es
109 gibt auch Menschen, die sich genau für Thema, also das Anbauen, Vermarkten und Verkaufen von
110 Kaffee interessieren. Bei diesem Studiengang ist jedoch die Entstehungsgeschichte sehr kritisch
111 zu betrachten, denn dieser ist in Kooperation mit dem Deutschen Kaffeeverband entstanden und
112 richtet sich laut Geschäftsführer der privaten Hochschule „konsequent an den Anforderungen der
113 Wirtschaft aus und sichere so eine fundierte, praxisbezogene Qualifikation“. Doch ein Studium
114 darf, nach einem emanzipatorischen Bildungsanspruch, nicht an wirtschaftlichen Interessen und
115 den Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Stattdessen muss es ein Bildungsangebot darstellen, das
116 allen Studierenden eine universelle und breite Bildung ermöglicht und lehrt kritisch zu denken.
117 Denn ein Studium ist keine Berufsausbildung!

118 Das Problem beginnt schon bei der Akkreditierung von Studiengängen. Diese werden von privaten
119 Akkreditierungsagenturen zugelassen, in denen neben Vertreter*innen der Hochschulen und
120 Studierenden auch Vertreter*innen der Wirtschaft sitzen. Es darf jedoch nicht sein, dass bei der
121 Zulassung von Studiengängen Vertreter*innen aus der Wirtschaft je nach Agentur einen höheren
122 oder genauso großen Stimmenanteil wie Studierende haben. So ist es kein Wunder, dass viele
123 Studiengänge an wirtschaftlichen Interessen angelehnt sind. Den Einfluss der Wirtschaft bei der
124 Akkreditierung von Studiengängen gilt es, so gering zu halten wie möglich. Wir lehnen daher
125 auch Beiräte, aus der Wirtschaft besetzt, als beratende Gremien für die Entwicklung von
126 Studiengängen und Lehrinhalten ab.

127 Dieser Einfluss auf die Hochschulen zeigt sich auch darüber hinaus in privaten Drittmitteln, die
128 die Hochschulen beziehen. Dadurch entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen den
129 Hochschulen, um die Hochschulfinanzierung und damit um die vermeintliche Qualität der
130 Hochschule. Auch hier werden Studieninhalte teilweise an wirtschaftliche Interessen geknüpft.
131 Deshalb müssen private Drittmittel gänzlich durch eine ausreichende Grundfinanzierung der
132 Hochschulen ersetzt werden. Forschung und Lehre dürfen nicht von wirtschaftlichen Interessen
133 abhängig sein. Eine Konkurrenz der Hochschulen um Geldgeber*innen der Wirtschaft oder um
134 vermeintliche Exzellenz, um mehr Geld zu bekommen, darf es nicht geben.

135 Um die Kooperation der Hochschulen mit der Wirtschaft zu reduzieren müssen die Hochschulen
136 von den Ländern und vom Bund so finanziert werden, dass Hochschulen nicht zu
137 Dienstleisterinnen für Unternehmen werden, sondern auch ohne private Drittmittel genügend
138 Gelder haben, um Forschungsprojekte durchzuführen, aber auch eine gute Lehre, ohne

139 Exzellenzstrategie, bieten zu können. Um diese Lücke der privaten Finanzierung zu schließen
140 wird eine öffentliche Finanzierung in Milliardenhöhe nötig sein und sie muss ohne
141 Studiengebühren und wird nicht ohne eine Umverteilungsstrategie auskommen.

142 Studiengänge müssen flexibler werden und mehr auf die Interessen der Studierenden eingehen.
143 Es kann nicht sein, dass Menschen durch einen starren Verlaufsplan ihr Studium abbrechen oder
144 es gar nicht erst anfangen. Deshalb muss es in allen Studiengängen deutlich mehr Freiheiten und
145 Wahlmöglichkeiten geben, um die Interessen der Studierenden besser auszufüllen. Zum einen
146 fachspezifische Wahlmöglichkeiten durch die Auswahl verschiedener Module und Seminare, die
147 weiterhin unter dem Dach eines Studiengangs angeboten werden, zum anderen aber auch
148 fächerübergreifende Wahlmöglichkeiten, die für das Studium angerechnet werden können, um
149 die Interdisziplinarität zu stärken und so die Hochschulbildung zu verbessern.

150 Ein weiteres Problem besteht darin, dass spezielle Studiengänge, die im Bachelor angeboten
151 werden, meistens nur einen speziellen Master nach sich ziehen. Studierende, die merken, dass
152 das Studium nicht ihren Interessen entspricht, können, durch begrenzte Wahlmöglichkeiten,
153 nicht innerhalb des Studiums die Fachrichtung wechseln, sondern werden gezwungen, sich
154 komplett umzuentscheiden oder das Studium mit nur mäßigem Interesse weiterzuführen.

155 Deshalb fordern wir:

- 156 • Bachelorstudiengänge müssen inhaltlich weiter und offener angelegt sein. Spezialisierte
157 Bachelorstudiengänge eines Fachbereichs müssen in breitere Bachelorstudiengänge
158 integriert werden, damit nicht vor dem Studium, sondern innerhalb des
159 Bachelorstudiengangs thematisch differenziert wird
- 160 • Die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Hochschulen muss eingeschränkt werden.
161 Dies betrifft vor allem die Inhalte des Studiums, aber auch das Beziehen von privaten
162 Drittmitteln. Dafür muss die Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder und
163 den Bund massiv erhöht werden.
- 164 • Die Kompetenz über die Errichtung und Führung von Studiengängen liegt ausschließlich in
165 der Wissenschaft. Die Universitäten sollen durch vom Wissenschaftsrat bestellte und
166 beauftragte Gutachter*innengruppen mit wissenschaftlicher Mehrheit, welche
167 beratend durch Expert*innen der Qualitätssicherung begleitet werden,
168 systemakkreditiert werden. Auf eine angemessene Berücksichtigung der
169 Studierendeninteressen soll auch durchs studierende Gutachter*innen gewährleistet
170 werden. Wirtschaftsvertreter*innen sind in diesen Gutachter*innengruppen nicht
171 anwesend.
- 172 • Die Wahlmöglichkeiten innerhalb der Studiengänge muss stark erhöht werden, um eine
173 größere Auswahl und mehr Freiheiten für die Studierende zu schaffen und so die Qualität
174 der Lehre zu erhöhen.
- 175 • Jeder Bachelorstudiengang muss die Zulassungsvoraussetzung für verschiedene
176 Masterstudiengänge bieten, damit Studierende nicht mit Beginn des Studiums auf einen
177 starren Weg festgelegt sind.
- 178 • Damit das Studium nicht nur eine Berufsvorbereitung, sondern eine universelle Bildung
179 bietet, muss die Regelstudienzeit abgeschafft werden, damit Studierende selbstbestimmt
180 und ohne Zeitdruck studieren können. Alternativ soll das Recht auf ein Teilzeitstudium
181 durchgesetzt werden.
- 182 • Um Studierende nicht nur einseitig fachspezifisch auszubilden, sondern zu mündigen
183 Bürger*innen, muss die Interdisziplinarität an Hochschulen erhöht werden. Dies kann
184 durch einen massiven Ausbau und Verbesserung der *Allgemeinen Studien* oder durch ein
185 *Studium generale* ermöglicht werden.